

Deutschland wird zum Polizeistaat, wenn es um Palästina-Aktivismus geht

Der deutsche Staat greift zu außergewöhnlichen Maßnahmen, um gegen pro-palästinensische Aktivitäten härter durchzugreifen, einschließlich der Verhaftung von Aktivist:innen in ihren eigenen vier Wänden mitten in der Nacht.

Hebh Jamal, mondoweiss.net, 07.04.24

Am 22. März um 6 Uhr morgens wurden die pro-palästinensischen Aktivisten Said und Yasemin, die in ihrer jeweiligen Berliner Wohnung schliefen, von bewaffneten und maskierten Polizisten geweckt, die zur selben Zeit ihre Türen aufbrachen. Anschließend durchsuchte die Berliner Polizei ihre persönlichen Sachen und beschlagnahmte ihre elektronischen Geräte, darunter auch ihre Telefone. Der gleichzeitige Überfall sollte einen davon abhalten, mit dem anderen zu kommunizieren oder ihn zu warnen.

„Der deutsche Staat kriminalisiert und schüchtert Jüdinnen und Juden ein, die sich gegen Völkermord engagieren, wobei es abstrus ist, dass der Staat dies als ‚Kampf gegen Antisemitismus‘ verkauft“.

In einer Reihe von Posts in den sozialen Medien sagte Said, dass diese Razzia der dritte Besuch der Polizei sei, und er behauptet, dass er wegen seines Aktivismus ins Visier genommen werde und dass er nichts Unrechtes getan habe. „Mir geht es nicht gut“, schrieb er, „warum versucht die deutsche Regierung alles, um mich zu kriminalisieren? Ich habe nichts Unrechtes getan. Ich mache die Bundesregierung und die Medien für alles verantwortlich, was mir passieren könnte.“

Yasemin erzählt mir, dass sie aufgrund eines Social-Media-Videos, das sie über die Aktion gegen den israelischen Diplomaten und Botschafter Israels in Deutschland, Ron Proser, gemacht habe, ins Visier geraten sei. „Ich habe in meinem Video erklärt, warum die Aktivisten gegen Proser protestieren, aber die Polizei [nahm das als Beweis dafür], dass ich dabei war.“ Yasemin war nicht dabei.

Yasemin glaubt jedoch, dass die Razzia kein Einzelfall war, sondern vielmehr Teil einer größeren Kampagne der Behörden gegen pro-palästinensische Aktivist:innen. „Wir werden nicht nur angegriffen und verhaftet, sondern bei der Teilnahme an rechtmäßigen Protestveranstaltungen gleich zu Anfang aus der Menschenmenge herausgegriffen.“

„Einmal, nachdem sie mich völlig grundlos verhaftet hatten, nahmen sie meine Fingerabdrücke und machten Fahndungsfotos und sperrten mich ein“, sagte Yasemin. Mindestens einmal folgten verdeckte Ermittler ihr sogar nach Hause. „All dies, weil ich aktiv gegen Menschenrechtsverletzungen durch Israel protestiere. Ich mache mir Sorgen, denn für mich stellt sich jetzt die Frage: Was ist der nächste Schritt? Werden sie mich erschießen?“

Es ist nicht das erste Mal, dass die Berliner Polizei wegen Social-Media-Beiträgen Wohnungen von Menschen durchsucht. Anfang des Monats schlug die Polizei die Tür einer Frau mittleren Alters ein, die in ihren sozia-

len Medien geschrieben hatte: „Vom Fluss bis zum Meer wird Palästina frei sein“ und verhaftete sie. Ihr wurde „die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ vorgeworfen, hieß es in einer Stellungnahme der Berliner Polizei. In Deutschland legte das Innenministerium eigenmächtig fest, dass dieser populäre Protestruf der Slogan der Hamas und des *Samidoun Solidarity Network* sei, einer verbotenen pro-palästinensischen Organisation.

Deutschland fungiert als verlängerter Arm des israelischen Apartheidstaates. Es setzt nicht nur die gleiche Propaganda über die Palästinenser:innen fort wie Israel, sondern Deutschland hat auch ähnliche Taktiken der psychologischen Kriegsführung gegen Aktivist:innen übernommen, um vor der Solidarität im Land abzuschrecken.

Die Razzien aufgrund sozialer Medien erinnern stark an Israels „Null-Toleranz-Politik“ gegenüber Social-Media-Aktivitäten in Palästina, die zur Verhaftung Hunderter Palästinenser:innen mit israelischer Staatsbürgerschaft, die ihre Solidarität oder Unterstützung für die Menschen in Gaza zum Ausdruck brachten, geführt hat. In einem weit verbreiteten Video zu Beginn dieses Krieges verhaftete die israelische Polizei eine Frau aufgrund eines WhatsApp-Posts. Und in dem Video fleht sie die Beamten an und zieht aus Angst sogar ihre Aussage zurück und sagt: „Gott beschütze Israel.“

Die Posts stellen sicher keine Gefahr dar, weder für Israel noch für Deutschland. Die Razzien und Verhaftungen sollen Angst schüren und andere davon abhalten, an Protesten teilzunehmen oder sich gegen den israelischen Völkermord in Gaza zu äußern.

Selbstabsolution

In Berlin hat dies die Form außerordentlicher Maßnahmen angenommen, um gegen pro-palästinensischen Aktivismus vorzugehen. Erst vor Kurzem haben der Staat und die Medien ihr Möglichstes versucht, um den Palästina-Kongress, eine Tagung internationaler Wissenschaftler-, Aktivisten- und Journalistinnen wie dem Historiker Salman Abu Sitta und dem Journalisten Ali Abunimah, zu schließen.

Innensenatorin Iris Spranger erklärte, die Behörden würden die geplante Palästina-Konferenz beobachten, während CDU-Fraktionschef Dirk Stettner fordert, dass alles getan werden müsse, um die angeblich „antisemitische Veranstaltung“ zu verhindern.

„Es ist eine klare Verletzung unserer Redefreiheit“, sagte mir eine:r der Organisator:innen des Palästina-Kongresses. „Die Tatsache, dass die deutsche Regierung und die Presse die Konferenz als antisemitische Hassveranstaltung bezeichnet haben, ohne sich überhaupt mit dem Inhalt der Konferenz auseinanderzusetzen oder zu erwähnen, dass eine prominente jüdische Gruppe bei der Organisation mitwirkt und ein Viertel der Redner:innen jüdisch ist, zeigt, dass deutsche Politiker:innen kein Interesse daran haben, jüdisches Leben in Deutschland tatsächlich zu schützen, sondern die Organisator:innen lieber einschüchtern, bedrohen und finanziell einschränken möchten, um ihre eigene völkermörderische Ideologie zu schützen.“

Die *Jüdische Stimme*, die antizionistische jüdische Gruppe im Organisationskomitee, finanziert den Kongress. Sie ist nun zur Zielscheibe der repressiven Kampagne des Staates geworden. Am Dienstag hat die Berliner Sparkasse das Konto der Gruppe gesperrt und alle über *GoFundMe* für den Kongress gesammelten Gelder sind nun nicht mehr verfügbar. Die Bank verlangte die aktualisierten Namen und Adressen aller Organisationsmitglieder, ein beispielloses und bizarres Ansinnen. Die Gruppe geht allerdings davon aus, dass dies direkt mit ihrer Solidaritätsarbeit zusammenhängt.

„Der deutsche Staat kriminalisiert und schüchtert Jüdinnen und Juden ein, die sich gegen Völkermord engagieren, wobei es abstrus ist, dass der Staat dies als ‚Kampf gegen Antisemitismus‘ verkauft“, sagten die Organisator:innen des Kongresses.

Tatsächlich dient dieser Angriff auf die Konferenz nicht dem Schutz des jüdischen Volkes. Es soll die koloniale Antwort seines Landes auf den Holocaust rechtfertigen – indem Deutschland die nationale Sicherheit Israels (oder dessen, was sie 2008 als ihre Staatsräson bezeichneten) schützt, kann Deutschland seine Nazi-Vergangenheit hinter sich lassen. Und wenn man bekräftigt, dass Israel in Wirklichkeit der wahre Vertreter des Weltjudentums ist und dass die Definition von Antizionismus und Antisemitismus als Tatsache angesehen werden sollte, dann kann es keinen Raum für eine palästinensische Identität geben.

Antizionistische Jüdinnen und Juden stellen für Deutschland tatsächlich die selbe Bedrohung für den Staat wie Palästinenser:innen dar, weil sie das Land zwingen, mit ihrem Völkermord in der Vergangenheit und ihrer Unterstützung von Völkermord und Apartheid in der Gegenwart abzurechnen.

Den deutschen Polizeistaat herausfordern

Einer meiner palästinensischen Freunde, Mahmoud, steht derzeit im Visier von Karlsruhe, Baden-Württemberg, weil er bei einer Protestkundgebung folgendes gesagt hat: „Palästina ist für alle Menschen, vom Fluss bis zum Meer, unabhängig von ihrer Konfession oder Religion.“ Das hat ausgereicht, dass das Bundesland ihm ein Hassverbrechen vorwirft, weil er das Existenzrecht Israels in Frage gestellt habe. Ihm wird eine Strafe in Höhe von 7.500 Euro auferlegt.

In unseren Gesprächen brachte Mahmoud nicht nur zum Ausdruck, wie surreal und lächerlich es ist, sondern auch, dass der Staat bereit ist, so weit zu gehen, ihn und alle Palästinenser:innen als gefährliche Kriminelle einzustufen, die die Zeit und das Geld wert sind, sie strafrechtlich zu verfolgen. „Heute bin ich es, aber alle andern sind später dran,“ sagte er zu mir.

Diese Angst, etwas Falsches zu sagen oder als Aktivist bezeichnet zu werden, ist auf den Straßen Deutschlands zu sehen und zu spüren. Viele kommen nicht mehr zu den Protesten. Muslime und Moscheegemeinden bewerben die Proteste nicht mehr und viele haben sogar Bedenken, etwas in den sozialen Medien zu teilen. Die psychologische Auswirkung des deutschen Kriegs gegen die Palästinenser:innen zeigt Wirkung und gleichzeitig unterstützt und begünstigt die Medienelite die hegemoniale Rhetorik des Staates.

Aktivist:innen wie Mahmoud, Yasemin und Said setzen sich jetzt wie auch vor dem 7. Oktober konsequent für das palästinensische Volk ein, trotz der drastischen Maßnahmen des Staates, die Palästina-Solidarität zu kriminalisieren. Allerdings müssen viele in Deutschland mehrere Risiken abwägen, wenn sie sich entscheiden, an einer Demonstration teilzunehmen oder einen Beitrag in den sozialen Medien zu teilen – weil sie erkennen, dass ihr Versuch, einen Völkermord zu stoppen, einer Herausforderung des deutschen Staates selbst gleichkommt.

Yasmine, die selbst keine Palästinenserin ist, erzählt mir allerdings, dass sie schon besorgt sei, aber das könne sie niemals davon abhalten, für die palästinensische Sache zu kämpfen. „Solange der Völkermord und die Kooperation nicht aufhören, solange die wahren Kriminellen da draußen sind, werde ich die Stimmen der Palästinenser:innen verstärken. Ich könnte nachts nicht schlafen, wenn ich wüsste, dass ich nichts dagegen unternehme, und sei es nur mit der Teilnahme an einer Demonstration.“ Auf Instagram schrieb Said: „Obwohl die Angriffe der Regierung auf mich zu Drohungen geführt haben, weigere ich mich zu schweigen.“

Mahmoud äußerte mir gegenüber ein ähnliches Gefühl, als wir bei einem Olivenbaum, den er aus Nablus zu sich nach Hause mitbringen konnte, über alles nachdachten. „Als Palästinenser habe ich keine Wahl. Wir müssen kämpfen.“ Mahmoud will das vom Land Baden-Württemberg verhängte Bußgeld vor Gericht anfechten und vor keinem einzigen Vorwurf kapitulieren.

„Ich denke, dass ich nichts Unrechtes getan habe, und ich weiß, dass ich und alle andern pro- palästinensischen Aktivist:innen auf der richtigen Seite der Geschichte stehen.“

Quelle: <https://mondoweiss.net/2024/04/germany-is-becoming-a-police-state-when-it-comes-to-palestine-activism/>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de